

Ulrich
Beck
Schöne
neue
Arbeitswelt

Suhrkamp

suhrkamp taschenbuch 3871

Der Traum von der Vollbeschäftigung ist ausgeträumt. In der neuen Realität sind die Hiobsbotschaften des Arbeitsmarkts die Siegesmeldungen der Börsen. Milliarden Gewinne sind kein Hinderungsgrund für Massenentlassungen. Diese Tatsachen haben fundamentale Konsequenzen für Staat und Gesellschaft. Der McKinsey-Kapitalismus von Deutscher Bank, Allianz und BenQ-Siemens stürzt Wirtschaft und Gesellschaft in eine Glaubwürdigkeitskrise. Selbst Porsche-Chef Wendelin Wiedeking warnt: »Das kann dazu führen, daß unsere ganze Gesellschaft instabil wird.«

Wer heute über Arbeitslosigkeit nachdenkt, darf sich nicht in den alten Streitbegriffen vom »zweiten Arbeitsmarkt«, der »Senkung der Lohnkosten« oder der »Staatsquote« verfangen. Auch ein Turbowachstum wird die gute alte Vollbeschäftigungsgesellschaft nicht wiederbeleben. Ulrich Beck stellt die brisanten Fragen: Wie wird ein sinnvolles Leben möglich, auch wenn man keinen Arbeitsplatz findet? Also: Wie wird Demokratie jenseits der Vollbeschäftigungsgesellschaft möglich?

Ulrich Beck (1944-2015), einer der weltweit anerkannten Soziologen, lehrte Soziologie an der Universität München und an der London School of Economics and Political Science.

Ulrich Beck
Schöne neue Arbeitswelt

Suhrkamp

Zuerst erschienen im Campus Verlag, Frankfurt am Main 1999

2. Auflage 2016

Erste Auflage 2007

suhrkamp taschenbuch 3871

© Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 2007

Suhrkamp Taschenbuch Verlag

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages
reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: Satz-Offizin Hümmer GmbH, Waldbüttelbrunn

Printed in Germany

Umschlag: heißmann, heilmann, hamburg

ISBN 978-3-518-45871-6

Inhalt

Vorwort 9

Zur Einführung

Freiheit statt Vollbeschäftigung! Ein Interview zum Thema
Grundeinkommen und Alternativen zur Erwerbsgesellschaft 11

Kapitel I

Die Brasilianisierung des Westens – zwei Szenarien 28

Kapitel II

Die Frage nach der Antithese zur Arbeitsgesellschaft 37

Kapitel III

Der Übergang von der Ersten zur Zweiten Moderne –
fünf Herausforderungen 45

Kapitel IV

Die Zukunft der Arbeit und ihre Szenarien –
eine Zwischenbilanz 66

Kapitel V

Das Risikoregime: Wie die Arbeitsgesellschaft
zur Risikogesellschaft wird 102

Kapitel VI

Tausend prekäre Arbeitswelten – oder: Warum Europas Zukunft
der Arbeit in Brasilien besichtigt werden kann 126

Kapitel VII

Das große Vorbild? Arbeit und Demokratie in den USA 147

Kapitel VIII

Zukunftsvision I: Das Europa der Bürgerarbeit 160

Kapitel IX

Zukunftsvision II: Die postnationale Bürgergesellschaft 192

Vision: Weltbürgergesellschaft. Zwölf Thesen 227

Anmerkungen 229

Literatur 236

Schöne neue Arbeitswelt

Vorwort

Dieses Buch umfaßt drei Teile: einen diagnostischen Hauptteil (Was ist die Lage?) und zwei perspektivische Ideen (Was tun?).

1. Was ist die Lage?

Wir haben es in der Welt der Arbeit mit einer neuen Unmittelbarkeit zu tun, in der Verschiebungen auf den Weltmärkten, Reorganisationsmoden, der Export von Arbeitsplätzen, neue EU-Richtlinien und anderes direkt in die individuelle Arbeitssituation einschlagen. Nicht nur am Rande der Gesellschaft, sondern in der Mitte ist eine permanente Beschäftigungsunsicherheit aktuell oder potentiell präsent. Die Erwerbsarbeit hat sich von einem Instrument der Integration in ein Instrument der Desintegration verändert. Darauf muß die Politik reagieren – mit Alternativen zur Vollbeschäftigungsgesellschaft: Grundeinkommen, Bürgerarbeit.

2. Die Idee des Grundeinkommens

In einem einleitenden Interview wird die Idee des Grundeinkommens durchleuchtet. Die Leitfragen lauten: Was würde geschehen, wenn jede(r) eine existenzsichernde Grundlage hätte, auf der er oder sie sein/ihr Leben gestalten kann? Aber auch: Was nützt ein Grundeinkommen Erwerbstätigen, was nützt es Arbeitslosen, was Unternehmen? Und: Entstünde dadurch mehr Unabhängigkeit vom Markt, also eine freiere, kreativere Gesellschaft? Viele sagen und fragen: Grundeinkommen für gar nichts tun, daß geht gegen den Leistungsgedanken, gegen alles, was wir gelernt haben. Die Faulen werden also von den Fleißigen mitgeschleppt?

Wer macht die ungeliebten Jobs? Wer soll das bezahlen? Also, Recht auf Einkommen statt Recht auf Arbeit? Was würde die Gesellschaft mit diesem Grundlohn für jedermann sparen? Deutsch-

land oder Europa – Insel der Seligen in einer kapitalistischen Realität? Warum rechnet sich das Grundeinkommen als Zukunftsmodell? Und wer vertritt diese Idee intellektuell und politisch?

Andere halten enthusiastisch dagegen – am Beispiel der Debatte um Grundeinkommen äußert sich eine neue Lust auf Utopie: Familien könnten sich sorgloser ihren Kindern widmen. Es sei ein Stück Emanzipation vom Joch der Arbeit, ein Appell an den mündigen Bürger, das zu tun, was er für sinnvoll hält. Auch Unternehmen könnten stärker die Potentiale der Automatisierung nutzen und auf motivierte Mitarbeiter zählen, weil die Erwerbsarbeit freiwillig wäre. Unternehmerische Ideen können entwickelt werden, ohne daß sie vom sofortigen Absatz auf einem Markt abhängig wären. Zugleich ginge es darum, neue Kristallisationspunkte für soziale Identitäten und zivilgesellschaftliche Praxis zu formen.

3. Bürgerarbeit – oder: Schafft das Europa der Bürger

Die EU ist eine Krämerseele auf Sinnsuche. Der US-Präsident John F. Kennedy versetzte einst die Welt in Erstaunen mit seiner Idee, ein *Peace-Corps* ins Leben zu rufen. Die Europäer könnten ihr Godotsches Warten auf neue Arbeitsplätze verkürzen, indem sie eine neue Idee – die Europäisierung Europas – entwickeln. Wenn die Bürger Europas ihr Selbstbewußtsein paradoxerweise im Aufstand gegen die Verfassung erproben, dann sollte man ihren Vorstellungen entsprechen und die Tore zu einer selbsttätigen, selbstbestimmten Demokratisierung Europas von unten öffnen. Bürgerarbeit.¹

Der Hauptteil des Buches ist ein unveränderter Nachdruck des 1999 im Campus Verlag erschienen Bandes.

1 Diese Idee wird inzwischen – verkürzt – aufgegriffen; siehe dazu zum Beispiel: Antje Hildebrandt, Die Bürgerarbeiter: Bad Schmiedeberg in Sachsen-Anhalt hat Hartz IV abgeschafft und bietet gemeinnützige Arbeit für 825 Euro, Frankfurter Rundschau, 22. 12. 2006, S. 3.

Zur Einführung: Freiheit statt Vollbeschäftigung!
Ein Interview zum Thema
Grundeinkommen und Alternativen
zur Erwerbsgesellschaft¹

Herr Beck, ist das bedingungslose Grundeinkommen nicht eine Utopie?

Ja, aber eine realistische, keine illusionäre. Illusionär ist die Vollbeschäftigung, von der unsere Gesellschaft immer noch träumt. Wir denken, daß es nur darauf ankommt, die Konjunktur auf Hochtouren zu bringen, damit jeder wieder Arbeit hat. Nach 20 Jahren ziemlich erfolglosen Kampfes gegen strukturelle Arbeitslosigkeit und Armut müssen wir uns die Frage stellen: Wie kann man ein sinnvolles Leben führen, auch wenn man keinen Arbeitsplatz findet?

Was meinen Sie damit?

Greifen wir ein Beispiel heraus: das Problem Hauptschule. Hier wird ein großer Teil der Jugendlichen gleichsam planmäßig ins berufliche Nichts hin ausgebildet. Und alle wissen es: die Jugendlichen sowieso, die Lehrer auch, ja, sogar die Politiker. Alle sind gefangen in einer gleichsam strukturellen Lebenslüge. Alex Rühle hat neulich in einem ganz nüchternen und gerade deswegen aufrüttelnden Artikel »Jugend ohne Traum – Einige schreiben Loser auf ihr Namensschild. Ein Tag in der neunten Klasse in der Hauptschule Neuaubling«² darüber berichtet. »Seit 2000 entschieden wurde, daß die Realschulen ebenfalls eine fünfte Klasse anbieten, haben Hauptschüler endgültig keine Zukunft mehr. Seither ist sie vollends ›Restschule‹. Das böse Wort, vom ehemaligen Wirtschaftsminister Wolfgang Clement erstmals öffentlich benutzt, ging sofort in das Vokabular der Lehrer über, weil es den Kern trifft: Auf der Hauptschule sammelt sich die negative Elite. Jeder weiß es. [Der Lehrer] Jürgen Walter sagt: ›Die Haupt-

1 Das Interview führte Konstantin Sakkas unter Mitarbeit von Rahel Uhlenhoff. Eine stark gekürzte Fassung erschien im *Tagesspiegel* vom 30. 11. 2006.

2 In: *Süddeutsche Zeitung* 25./26. 11. 2006

schule wird verenden. Die Eltern können sich nicht formieren. Die Schüler werden immer schwieriger. Irgendwann kann man nicht mehr unterrichten . . .« Gerade mal fünf der 21 Kinder sprechen zu Hause deutsch. Die ganze Schule hat einen Migrationshintergrund. So wird genau das geschaffen, was den Ausländern immer vorgeworfen wird: eine »Parallelgesellschaft.« Lassen Sie mich ausnahmsweise einmal zitieren, wie ich diese Situation vor 20 Jahren, 1986, in der »Risikogesellschaft« diagnostiziert habe:

Im Falle der Hauptschule wird erkennbar, daß ›Bildung‹ – das klassische Merkmal für *erwerbbar*en Status – historisch zurückverwandelt werden kann in ein quasi-*askriptives* Merkmal: Die Hauptschule verteilt *Chancenlosigkeit* und droht damit als Bildungsinstitution zur Gettomauer zu werden, hinter der die unteren Statusgruppen auf die Dauerexistenz der Erwerbslosigkeit (bzw. Fürsorge, Sozialhilfe) festgeschrieben werden. . . . Daß sich auch hierin wiederum der durchorganisierte Berufsbezug der Ausbildung [sprich: Vollbeschäftigung] spiegelt . . . sei hier nur am Rande vermerkt.

Mit dieser Marginalisierungsfunktion verwandelt sich die Hauptschule in einen *Aufbewahrungsort* für arbeitslose Jugendliche. Sie ist als bildungsorientierte ›Jugendherberge‹ irgendwo zwischen Straße und Gefängnis angesiedelt. Ihr Funktionsgehalt verschiebt sich in Richtung Beschäftigungstherapie. Entsprechend verschlechtert sich die pädagogische Situation. Lehrer und Lehrpläne werden in ihrer Legitimität gefährdet. Auf sie werden die Widersprüche einer berufsorientierten Ausbildung ins Nichts projiziert. In dem Maße, in dem die Schule den Schülern nichts mehr zu bieten oder vorzuhalten hat, büßt sie ihre Autorität ein. *Anomische* Reaktionen der Jugendlichen sind (aktuell oder potentiell) in derartigen Bildungsghettos beruflicher Zukunftslosigkeit geradezu vorgezeichnet. Das extremste und sichtbarste Zeichen hierfür wäre die ansteigende Gewalt gegen Lehrer, vor allem in Großstädten mit hoher, konstanter Jugendarbeitslosigkeit.³

Genau das aber erleben oder befürchten wir heute in Europa.

Und das meint: Vollbeschäftigung ist eine illusionäre Utopie?

Ja, eine ziemlich abgewirtschaftete sogar. Das kann man am Beispiel der Hauptschüler sehen, die gar keine Chance haben,

³ Beck 1986, S. 246

sich in den Arbeitsmarkt und damit in die Gesellschaft zu integrieren – trotz Ausbildung! Aber im Horizont der Vollbeschäftigungsothodoxie sind es letztlich doch sie, die es nicht geschafft haben und die ihr »Loser-Dasein« auch noch selbst verantworten müssen. Und das gilt ganz allgemein. Die Bezieher von Hartz IV werden ja nicht nur damit beschäftigt, immer wieder nachzuweisen, daß sie Arbeit suchen, die es, wie alle wissen, gar nicht gibt, sondern auch damit, in kostengünstige Wohnungen umzuziehen, die es auch nicht gibt. Da braucht es nicht viel, um an dem ganzen System zu verzweifeln.

Aber Arbeitslosigkeit ist doch wirklich eine persönliche und gesellschaftliche Krise!

Ja und nein. In einem bestimmten Sinne ist Arbeitslosigkeit gerade keine Niederlage, sondern ein Sieg: Die Produktivitätssteigerung erlaubt es, mit einem Minimum an menschlicher Arbeit ein Maximum an Ergebnissen zu erzielen. Die Antwort ist eine Überleitung in eine Grundsicherung für alle. Sie wird aus direkten und indirekten Steuern finanziert. Sie sichert die Grundbedürfnisse, nicht den bisherigen Lebensstandard. Und sie befreit vor allem von der oft erniedrigenden, entwürdigenden Willkür der Arbeitslosenämter und »Job-Center«, die den Hartz-IV-Empfänger zum zehnten Mal zu einer Fortbildung schicken, bei der er lernt, wie man sich richtig bewirbt. Freiheit statt Vollbeschäftigung! – das ist heute die Alternative. Daher ist die Debatte um das Grundeinkommen so wichtig.

Aber die offizielle Haltung von Parteien, Regierungen und Verbänden ist – gerade heute, wo die Arbeitslosigkeit wieder einmal zurückgeht – genau gegenteilig: Das wird schon wieder, heißt es. Klammern sie sich an ein altes Leitbild?

Ja, auf jeden Fall. Ist es denn nicht wunderbar, wenn ich ein Ziel mit einem Zehntel der Arbeitskräfte erreiche und natürlich auch mit einem entsprechend geringen Anteil an Leiden und Mühen der harten Arbeit? In der Landwirtschaft ist das nicht anders. Es gibt kaum noch Bauern – aber die Automation der Landwirtschaft hat dafür gesorgt, daß sie zehnmal so viele Nahrungsmittel produzieren wie zu Beginn der industriellen Revolution. Das

Drama findet in unserem Kopf statt. Diese Entwicklung können sich viele nur als negativ vorstellen. Aber schlimm ist diese Lage nur, wenn wir stillschweigend voraussetzen: Ohne Erwerbsarbeit ist der Mensch kein Mensch. Deswegen sind die Fragen so wichtig: Wie werden Demokratie und Freiheit jenseits der Vollbeschäftigung möglich? Wie wird der Mensch selbstbewußter Bürger – ohne Erwerbsarbeit?

Sehen Sie die Bereitschaft in Deutschland und Europa, sich dieser neuen Lage zu stellen, sich von alten Illusionen, wie dem Allheilmittel Vollbeschäftigung, zu trennen?

Es hat gar keinen Sinn, auf Zaubertricks zu hoffen. Man muß erst einmal die Diagnose in aller Schärfe formulieren. Bisher hat sich die Bundesrepublik und mehr noch die DDR als Arbeitnehmergeinschaft verstanden. Die Konflikte zwischen Kapital und Arbeit wurden in einem organisierten, fein abgestimmten und institutionell abgesicherten System ausgetragen. Der Arbeitsbürger ist für uns die Grundlage des politischen Bürgers. Die Arbeitnehmergeinschaft geht nicht mehr von einem unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital aus. Es gibt in diesem Sinne keine Klassengesellschaft mehr. Über Vollbeschäftigung sollen alle in die Gesellschaft integriert werden. Die Klassegegensätze werden in der Mitbestimmung ausgehandelt. Das ist die Voraussetzung dafür, daß die Demokratie funktioniert. Nur wenn man durch Vollbeschäftigung existentiell gesichert ist, ist man ein politischer Bürger.

Das war die Gründungsurkunde des Nachkriegsdeutschlands. Es geht bei der Vollbeschäftigung also nicht um das Wohlergehen des Einzelnen und des Sozialsystems, sondern es geht um unser Gesellschaftsmodell. Die deutsche Nachkriegsdemokratie ist unter der Prämisse groß geworden, daß Demokratie Wohlstand fördert. Was aber, wenn Freiheit und Demokratie nicht automatisch Wohlstand fördern, sondern zunehmend Armut und Unsicherheit? Wie gefestigt ist das Verständnis für Demokratie, wenn sich abzeichnet, daß es insgesamt für viele, für die Mitte der Gesellschaft, ein Weniger an Sicherheit und Wohlstand wird? Ja, sogar eine Verarmung ganzer Bevölkerungsteile bevorsteht? Daß Freiheit nicht mit Wohlstand, sondern mit Armut einher-

gehen kann, das müßte in Deutschland erst noch gelernt und politisch verkraftet, geschluckt werden. Dafür spricht die wachsende Gleichgültigkeit, ja sogar Ablehnung der Demokratie – insbesondere auch in den neuen Bundesländern.

Die Massenarbeitslosigkeit muß also nicht als Katastrophe erfahren werden, sie kann auch als Beginn einer Befreiung vom Joch des Arbeitszwanges gelten?

Ja. Die zentrale Stellung der Arbeit in der modernen Gesellschaft mußte in einer historisch wohl beispiellosen Umwertung überhaupt erst als »natürlich« hergestellt werden. Die unreflektierte »Gewißheit« der Gegenwart, wonach die Erwerbsarbeit die Mitte der modernen Gesellschaft bildet, mußte aus der früheren Vorstellung, Arbeit sei eines Mannes und Bürgers unwürdig, in tausend Schritten und Rückschritten gewonnen werden. Zugespitzt gesagt: Im griechischen Altertum galt Arbeit als Kriterium des Ausschlusses aus der Gemeinschaft der Bürger, während sie in der modernen Gesellschaft als unersetzbarer Modus der Integration verheiligt wird. Menschen können sich nur in Arbeit entfalten, diese Anthropologisierung des Sinnanspruchs der Arbeit ist ein Produkt der Moderne, die in der Orthodoxie der Vollbeschäftigungsgesellschaft ihre Krönung findet.

Kommen wir zurück zur Arbeitslosigkeit. Nicht diese, sondern die falschen Ansätze zu ihrer Überwindung sind die eigentliche Enttäuschung?

Ja. Hartz IV mag den einen oder anderen Arbeitslosen besserstellen. Gleichzeitig öffnet es eine Falltür in der Mitte der Gesellschaft. Nach einem Jahr Arbeitslosigkeit ist auch der Facharbeiter oder der Akademiker, der 20 Jahre eingezahlt hat, gleichgestellt mit dem Jugendlichen, der nie Beschäftigung gefunden hat.

Hartz IV trägt die Unsicherheit und Angst in die Mitte der Gesellschaft. Deutschland verwandelt sich so von einer Gesellschaft des Mehr in eine Gesellschaft des Weniger. Menschen, die vom Absturz in die Armut betroffen oder bedroht sind, zermartern sich mit Selbstschuldzuweisungen, und das ist der Verfassung der Freiheit nicht förderlich. Freiheit und Vertrauen gehören zu-

sammen – Selbstvertrauen, Vertrauen in die Chancen, die das Umfeld bietet, Vertrauen in die Partner, in die kulturell Anderen, in die demokratischen Institutionen. Wenn dieses Vertrauen schwindet, breitet sich hinter der Fassade der Apathie und Liberalität die Versuchung des Autoritarismus aus.

Dazu kommt: Globalisierung und Individualisierung haben den Charakter sozialer Konflikte verändert. Viele Menschen mögen dasselbe Geschick teilen, aber es gibt keine einheitliche, eindeutige und einigende Erklärung für ihr Leiden, keinen sichtbaren Gegner, der bekämpft und zum Nachgeben gezwungen werden kann. Schlimmer noch: Die wahrhaft Benachteiligten werden schlicht nicht mehr gebraucht, sie müssen nicht einmal mehr wie früher ausgebeutet werden. Die Reichen können heute auch ohne Ausbeutung reicher werden, die Regierungen auch ohne die Stimmen der Ärmsten gewählt werden, und die Wirtschaft kann wachsen, ohne daß sich am Schicksal der Armen und Arbeitslosen etwas ändert. Deswegen verdrängen ja auch alle das Problem Hauptschule. Was der Staat heute spart, wird er in Zukunft für teure Gefängnisse ausgeben müssen.

Sie halten also die Unterschichten-Debatte im Herbst 2006 für richtig und wichtig?

Endlich wird über Armut, Exklusion, Jugendproteste, Jugendgewalt öffentlich diskutiert – und zwar europaweit. Diese Debatte wird mit großer Leidenschaft geführt, aber überraschenderweise tragen die Kontrahenten auf allen Seiten Scheuklappen, und zwar dieselben. So wird allseits davon ausgegangen, daß die sich ausweitende und verhärtende Armut jeweils ein nationales Problem sei, das national diskutiert, verantwortet und überwunden werden müsse. Die Franzosen diskutieren eine französische Armut, die Deutschen eine deutsche Armut, die Spanier eine spanische usw. Aber diese Scheuklappen der Nabelschau und Nabelschaupolitik wird nicht dadurch besser oder richtiger, daß sie die unbegriffene Restgemeinschaft aller bildet.

Wir brauchen vielmehr, um das Problem der Armut im 21. Jahrhundert zu verstehen und nach politischen Antworten zu suchen, einen kosmopolitischen Blick, der diese Bornierungen des methodologischen Nationalismus von Gesellschaft, Politik und

Wissenschaft überwindet. Die Ökonomie der Unsicherheit revolutioniert die Arbeits- und Lebensbedingungen in allen hochentwickelten westlichen Gesellschaften. Böseartig gesagt erleben wir eine Brasilianisierung der Wohlfahrtsgesellschaften: Die bunten, fragilen Beschäftigungsformen, die in der sogenannten Dritten Welt Normalität sind, ersetzen zunehmend auch in den Ländern des Zentrums die sichere Berufsarbeit. Das kann man als Flexibilität verheiligen, es bedeutet jedoch: Mache dich selbst leichter kündbar und sei damit zufrieden, daß dir niemand sagen kann, ob deine Qualifikation in Zukunft noch gebraucht wird.

Manche halten Hartz IV für eine Vorform des Grundeinkommens.

Das ist falsch. Das Hartz-Konzept ist rückwärtsgewandt: Es erweitert die Arbeitskontrolle, um des sinnwidrigen Ziels der Vollbeschäftigung willen. Und damit verhindert es eine weitere Schlüsselfrage: Wie kriegen wir ein System hin, bei dem die ungeheuren Möglichkeiten der Automation und der Kreativkräfte der Menschen ihren Nutzen entfalten?

Dennoch leiden die Menschen an Armut, eben weil sie keine Arbeit haben.

Das Problem ist nicht Arbeitslosigkeit, sondern Geldlosigkeit: die Koppelung von Arbeit und Einkommen.

Es fehlt nicht an Arbeitsplätzen, sondern an Einkommensplätzen?

Richtig. Die bezahlte Arbeit verliert an Sinn und ökonomischer Sicherheit. Dennoch gibt es eine Menge zu tun, allein in den Bereichen Bildung, Erziehung, Umwelt, Kampf gegen den neu aufflammenden Rechtsextremismus, oder Stichwort »Einwanderungsland« – Arbeit, die viele Menschen liebend gerne übernehmen würden, wenn sie nicht gezwungen wären, damit zugleich ihre Existenz zu sichern. Das Grundeinkommen soll uns vom Arbeitszwang befreien, aber ganz und gar nicht von sinnvoller Arbeit.

Bürgerarbeit, öffentliche Arbeit, Bürger- oder Grundeinkommen: Bisher ehrenamtlich geleistete Arbeit muß aus der Häkellecke herausgeholt werden, sollte gesellschaftlich anerkannt und

ökonomisch ausgezeichnet werden. Öffentliche Arbeit als Ergänzung der Erwerbsarbeit verstanden, nicht als deren Ersatz. Diese notwendige Neudefinition des Arbeitsbegriffs ist so wichtig, weil sich Arbeit und Nicht-Arbeit sowieso lebensphasenspezifisch abwechseln. Wenn wir das Arbeitsleben der Zukunft so definieren, daß in ihm Phasen der Erwerbsarbeit abwechseln mit Phasen des – lebenslangen – Lernens und der Beschäftigungslosigkeit, dann kann man schon sinnreich darüber nachdenken, diese Phasen ohne Beschäftigung mit einer Arbeit zu verbringen, die dem einzelnen Spaß macht und die für die Gesellschaft sinnvoll ist. Das wäre allemal vernünftiger, als bloß die Arbeitslosigkeit finanziell abzufedern. Denn vielen Menschen droht ja, bei hoffentlich weiterhin steigendem Bruttoinlandsprodukt, weniger die materielle Verelendung als geistige und soziale Leere.

Aber wer soll das bezahlen?

Das Geld der öffentlichen Kassen wäre hierfür sinnvoller eingesetzt als bei der Finanzierung von Arbeitslosigkeit – es hilft den Menschen auch bei der weiteren Gestaltung ihres Lebens in Eigenverantwortung. Und eine solche Beschäftigung wäre eben auch für diejenigen attraktiv und interessant genug, deren Erwerbsarbeitsplatz nicht aktuell bedroht ist. Diese Menschen kämen durch eine »gesellschaftliche« Tätigkeit, die eigenständig, anerkannt und entlohnt ist, in den Genuß von mehr Lebensqualität, aber auch von mehr Lebensqualifikation. Gerade was das Denken und Handeln in unterschiedlichen sozialen Zusammenhängen – und auch verschiedenen Kulturen! – betrifft, wird das in Zukunft noch mehr Sinn machen als heute.

Warum hat die Politik dann dieses Mittel nicht schon längst ergriffen?

Das Gerede von der Erwerbsarbeit als einzigem Sinnstifter unserer Existenz ist letztlich ein Herrschaftsinstrument. Alles ist bei uns auf Erwerbsarbeit ausgerichtet: der Rhythmus der Tageszeiten, die Ausbildung, der Übergang von der Pubertät ins Erwachsensein, und das Altsein beginnt mit dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben. Der Einzelne definiert sich vor allem über die Erwerbsarbeit; deshalb zwingt er sich zur Anpassung.

Fällt dieser Selbstzwang weg, kann man die Freiheit nicht mehr kontrollieren – so fürchten viele. Wenn die Arbeit ausgeht, verlieren die Herren der Arbeitsgesellschaft das Fundament ihrer Macht.

Die Politiker fürchten um ihre Kontrolle über die Bürger?

Nicht nur die Politiker. So sieht es aus. Sie muten dem Bürger diese Mündigkeit nicht zu. Man hält das Gros der Bevölkerung für faul und willenlos. Dabei paßt Grundeinkommen zum Kapitalismus: Es ist gut für den Markt. Es würde eine enorme wirtschaftliche Mobilität, Produktivität und Kreativität entfalten. Viele Hindernisse, durch die der Produktionsprozeß so ungeheuer gedrosselt wird, würden wegfallen.

Will das nicht auch die Mehrheit der Politiker mit ihrer neoliberalen Tendenz?

Es gibt eine riesengroße Koalition von Befürwortern des Grundeinkommens: Da findet sich Milton Friedman, der vor kurzem verstorbene »Vater des Neoliberalismus«, neben dem Sozialisten André Gorz, dem erzliberalen Lord Dahrendorf, dem Direktor des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts, Thomas Straubhaar, den Autoren Yannick Vanderborght und Philippe van Parijs oder dem Ostberliner Soziologen Wolfgang Engler. Allerdings zerstört der Kapitalismus wieder einmal seine sozialen Voraussetzungen. Aber dem kann begegnet werden, indem Arbeit unabhängig vom Einkommen und damit selbstbestimmt wird.

Eine Gesellschaft von Ich-AGs?

Ich mag diesen Begriff nicht, aber in der Sache ist es nicht falsch. Die Befreiung vom Arbeitszwang wäre ein Kreativitätsschub: Wir könnten neue Organisationsformen ausprobieren, die wir dringend brauchen. In England gibt es schon »Gemeinwohlunternehmen«, die ihren Profit für öffentliche Zwecke einsetzen, für Medizin, Altenpflege oder Erziehung. Derartige ExperimentalfORMen wären auch hierzulande belebend. Angela McRobbie hat hochinteressante Untersuchungen über das vorgelegt, was sie »Creative Impoverishment« nennt – kreative Armut. Sie be-